

Berlin, Sonnabend,

den 21. April 1906.

Die Zeitung erscheint in der Woche zweifach.

Bezugs-Preis:

vierteljährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Österreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband- Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei H. A. Numa in Straßburg i. G., für England bei W. Siegle in London, 80 Abbe Street E. C., sowie bei G. & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Veräußerungs-Anzeigen.

Hötel- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie. Allgemeine Verlosungs-Tabellen mit Gesanten-Sitten und viele andere wichtige tabellarische Nachweisungen.

Insertions-Gebühr:

die viergeschaltete Seite 40 Pf. Reclamzeitung 80 Pf.

Preisprophet: Amt I, Nr. 243.

Telegraphen-Adresse: Börsenkrone.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Anzeigen: in der Expedition.

Handelsverträge.

Mit Recht wird im Sprichworte davor gewarnt, das Fell des Bären zu verkaufen, bevor Meißer Pels erlegt worden ist. Es könnte leicht nicht schaden, wenn die mancherlei speculativen Interessen, welche bereits jetzt im Geiste die Beute der neuen Handelsverträge unter sich zu theilen Miene machen, jener sprichwörtlichen Warnung eingedenk sein wollten. Was man über den Werth oder Unwerth der jetzigen Handelsverträge und über die Nothwendigkeit, an ihre Stelle anderweitige, „bessere“ Abmachungen zu setzen, denken wie man will, so wird doch allgemein zugegeben werden müssen, daß alle schönen Pläne und Entwürfe zu Papier werden, wenn der andere vertragschließende Theil es ablehnt, auf den Boden zu treten, den wir als Grundlage unserer neuen Handelsvertragspolitik gegenwärtig vorbereiten. Jeder Vertrag, also auch ein Handelsvertrag, wird umso segensreicher wirken und umso fester gegründet sein, je ausgeprägter beide Theilnehmer ihre Rechnung dabei finden. Wenn den handelsvertraglichen Abmachungen aus der Aera Capriui der Vorwurf nicht erpart gelassen ist, daß sie in manchen Fällen sehr werthvolle Deutsche Interessesobjecte, die unsicher zu verteidigen bezw. zu compensiren gewesen wären, leichten Herzens preisgegeben haben, so nehmen wir es zwar als ausgemacht an, daß die damaligen Fehler bei dem Abschluß neuer Verträge nicht von Neuem begangen werden, zweifelhaft aber ist, ob es zu ihrer Vermeidung den richtigen Weg betreten heißt, wenn jetzt bei uns der Streit zwischen Landwirtschaft und Industrie in hellen Flammen ausbricht, wor von den beiden wichtigsten nationalen Gewerkskategorien den gründlichsten Anspruch, das Fett von der Suppe der neuen Handelsvertragspolitik abzuschöpfen, erheben dürfte.

Läßt man den Grundsatz als richtig gelten, daß die Interessen von Landwirtschaft und Industrie sich auf der Linie des mittleren Ausgleichs zu begegnen und zu verständigen haben, so wird doch die praktische Anwendung dieses Grundsatzes, wie sie von den Parteien der Rechten verstanden wird, kaum zur Erlösung der Gerechtigkeit des Auslandes beitragen, mit uns handelspolitisch neu zu pactiren. Schon die einfachste Bauernklugheit verbietet, Leute vor den Kopf zu stoßen, deren guten Willen man nöthig hat, um Vortheile für sich selbst herauszuschlagen. Die Art und Weise, wie der traffe Egoismus des Agrariertums in der Fleischbeschaufrage operirt hat und noch jetzt operirt, kann unmöglich das Ausland in günstiger Weise für die neue Handelsvertragspolitik des Deutschen Reiches disponiren. Wer wollte es den Amerikanern betragen, wenn sie sagen würden: wir kennen zwar die handelsvertraglichen neuen Pläne Deutschlands nicht, aber wir mißbilligen sie, weil wir in der Fleischbeschau-Affaire den agrarischen Pferdesuß nur zu deutlich wahrgenommen haben. Das prohibitiv schützende Agrariertum paßt in den Rahmen einer neuen Deutschen Handelsvertragspolitik, wie wir sie brauchen, wie die Faust aufs Auge. Und wenn man sieht, mit welcher zärtlichen Sorgfalt Männer der Reichsregierung den untrüglichen Eignern von „Ar und Halm“ um den trotzig gesträubten Bart gehen, da läßt sich der Zweifel nicht bannen, ob nicht am letzten Ende doch noch die ganze mühevolle Arbeit, welche man sich in den Räumen des Reichsamts des Innern mit Erforschung der Bedürfnisse und Wünsche der Industrie gegeben hat, pro nihilo gewesen sein werde. „Besserer Schutz der Deutschen Landwirtschaft“ in der Aera der neuen Handelsverträge soll, so versichert man, die Devise einer großen Mehrheit

im Deutschen Reichstage sein. Nach dem Urtheil sehr vieler Leute, denen Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse, Sympathie mit ehrlich schaffender productiver Arbeit und Verständnis für die hohe Wichtigkeit der Erhaltung einer blühenden vaterländischen Bodencultur nicht abzustreiten ist, mangelt es der heutigen Deutschen Landwirtschaft weniger an hinreichendem Schutze gegen den Wettbewerb des Auslandes, als an der individuellen Anpassungsfähigkeit an die in rapider Um- und Neubildung befindlichen Verhältnisse des heimischen wie des Weltmarktes, und ein geübtes Ohr hört aus den Klageklängen des Agrariertums nur die eine unveränderte Grundmelodie heraus: Quiesca non movere, die Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“, wo der „Grundherr“ auf Kosten der Gesamtheit das Leben des Grundbesizers führen konnte. Damals gab es noch keine Eisenbahnen und Dampf mit billigen Getreidefrachtarifen, keine Telegraphen, Elevatoren und Speculationen. Man kann diese leidigen Ergränzungen nun nicht mehr wegbereitern, aber einer Art Ghisnerischer Mauer in Form von agrarischen Prohibitivzöllen oder etwas Aehnliches der Art, das wäre eine Politik nach dem Herzen derer, die in der Fleischbeschaufrage so lehrreiche Proben ihres Verständnisses für die Bedeutung der Deutsch-Amerikanischen Handelsbeziehungen abgelegt haben. Wie man die neu zu inaugurirende Handelsvertragspolitik den intellectuellen und mercantilen Kreisen unseres Volkes mündgerecht machen will, ohne das Agrariertum zu reizen, bleibt ein noch der Lösung harrenendes staatsmännisches Problem. Da Deutschland notorisch einen starken industriellen Export und ebenso notorisch eine starke Einfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse hat, so wäre das naturgemäße Verfahren, durch culante Bedingungen für die landwirtschaftliche Einfuhr von Massen-nahrungsmitteln unserer Exportindustrie entsprechende Gegenbedingungen für den Absatz ihrer Producte auf den Auslandsmärkten zu sichern. Do ut des. Aber dem Ausland die Deutsche Thier vor der Nase zu sperren und jenem gleichwohl zumuthen, den Wünschen unserer Exportindustrie offene Othren und Herzen zu widmen, wäre eine Logik, die außerhalb der Reichs des Agrariertums nicht viel Verständniß finden dürfte. Der Reichsregierung kann man es schon glücken, daß sie sich, angesichts der Unpopulärkeit einer künstlichen Werttheuerung der Massennahrungsmittel, fräut, in den sauren Apfel der agrarischen Hochschutzzollforderungen zu beißen. Andererseits aber kann sie die vitalen Interessen der Deutschen Industrie nicht handelsvertragslos auf der Strecke lassen. Ihre tagespublicistischen Anwälte müssen daher immer wieder die Mahnung zum Sammeln auf der mittleren Ausgleichsline den Interessenten ans Herz legen und die Nothwendigkeit der Herstellung einer möglichst imponirenden Reichstagsmehrheit behufs wirksamer Unterstützung und Durchführung der neuen Handelsvertragspolitik betonen. Letztere selbst ist ja noch tief in der vorbereitenden Erstellungsstation der Entwicklung, aber ihr Geist schwebt über den Wassern der tageskritischen Erweiterungen aller Parteien und auf ihre Rechnung werden die etwaigen parteilichlichen Speculationen auf dem Gebiete der inneren Politik in Scene gesetzt. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß unter diesen Umständen das Problem der neuen Handelsverträge so sehr mit heterogenen Interessen bepackt und verquält wird, daß eine völlige Verschiebung des Schwerpunktes eintritt. Das könnte unserer handels- und wirtschaftlichen Zukunft aber sehr gefährlich werden.

Telegramme.

Leipzig, 20. April. (Priv.-Tel. der B. V. Z.) In Bösdorf an der Elster wurde auf dem Felde eine Böhmisches Landarbeiterin ermordet aufgefunden. Der Körper der Ermordeten weist erhebliche Verblutungen auf, die auf einen Lustmord schließen lassen. Ein Landarbeiter wurde als der That dringend verdächtig verhaftet.

München, 20. April. (C. T. C.) Kammer der Abgeordneten. Bei der heute fortgesetzten Beratung des Cultussetats brachte Abg. von Vollmar (Soc.) in längerer Polemik gegen die „Jex Deuze“ auch die Blättermeldung zur Sprache, daß dem Grafen Verchenfeld im Reichstage nach seiner bekannten Rede von Seiten des Centrums zugeworfen worden sei: „Hugo, das hast Du gut gemacht!“ Minister-Präsident Freiherr von Crailsheim erwiderte, die letzte Äußerung sei völlig erfunden. Graf Verchenfeld habe seine Stellung in Berlin nie als die eines Parteirepeters aufgefaßt, sondern stets als die des Vertreter der Bayerischen Regierung. Justizminister v. Keudorf sowie der Minister des Innern Freiherr v. Heiligfeldt betonten alsdann, die Bayerische Regierung wolle mit dem Paragrafen 184 a nur eine Lücke des Strafgesetzbuches ausfüllen, jedoch die Kunst in keiner Weise beeinträchtigen. Im Laufe der Zeit habe aber jener Paragraf eine Fassung gefunden, mit der Unzulänglichkeiten vermindert sein könnten. Hoffentlich finde der Reichstag schließlich noch eine bessere Fassung, die alle Anschauungen befriedige.

Brünn, 20. April. (C. T. C.) Der Landtag beschloß, in die Generaldebatte über das Budget der Volksschulen einzutreten. Ehenz erklärte, die Czechischen Abgeordneten seien entschlossen, falls die Deutsche Landtagsmajorität die culturellen Wünsche der Czechen nicht respectire, die Arbeiten des Landtages zu beenden. Alle Vorschläge im Landtage würden einen Widerhall im Reichsrathe finden, wo im Falle der Nichtberücksichtigung der Wünsche der Czechen, nicht nur die Ausgleichsaction scheitern, sondern auch eine normale Function des Parlaments unmöglich werden würde. Die Czechen wünschten dies nicht, sie hofften, daß man zu einer Einigung gelangen werde.

Kopenhagen, 20. April. (C. T. C.) Die Subcommission des gemeinsamen Reichstagsausschusses betreffend die Dampffahrerverbindung Giesbe-Warnermünde und mehrere große Eisenbahnanlagen beendigte heute ihre Beratungen. Die Verhandlungen sind resultatlos verlaufen, so daß die Weiterberatung der betreffenden Vorlagen in dieser Reichstags-Session als ausgeschlossen erachtet wird.

Kopenhagen, 20. April. (C. T. C.) In dem gemeinsamen Reichstagsausschuß wird morgen noch ein Versuch gemacht werden, die Vorlage, betreffend die Dampffahrerverbindung Giesbe-Warnermünde, ohne die übrigen daran geknüpften Eisenbahnvorlagen durchzuführen.

Brüssel, 20. April. (C. T. C.) Der Sonderzug mit dem Prinzen von Wales traf heute Vormittag 11 1/2 Uhr auf dem Bahnhof Scherbeck ein und wurde sofort auf die Güterbahn und darauf auf die Tournaier Linie übergeben, ohne daß auf dem Südbahnhof Halt gemacht wurde.

London, 20. April. (C. T. C.) Dem „Nanteschen Bureau“ wird aus Lagos gemeldet, daß nach dem Tode Channan im Nordwesten der Goldküste-Colonie, wo Eingeborenen-Kriegen ausbrochen sind, 300 Mann der Westafrikanischen Grenatruppe auf dem Landwege von Nigeria abgehen. 150 Mann gehen von der Goldküste über Rio Forcados dahin ab. Der Correspondent merkt ferner, in Lagos gehe das Gerücht, daß Britishisten mit den Franzosen in Neto ausgebrochen seien, doch entbeire dasselbe der amtlichen Bestätigung. Hierzu bemerkt das „Nantesche Bureau“, Neto liege im Lande Yoruba im Hinterland von Lagos, die gemeldeten Streitigkeiten könnten daher mit den Iurubu in Achanti oder Channan nicht in Zusammenhang stehen.

Petersburg, 20. April. (C. T. C.) Von einem Privatcorrespondenten. Die „Nowoje Wremja“ bemerkt angesichts der Möglichkeit einer Amerikanischen Flottenlandung in den Arktischen Gewässern an leitender Stelle: Die Flotte könne leicht unerwünschte Repressalien vermeiden, wenn sie die freundschaftliche Vermittelung der Europäischen Mäch-